

IWH-Pressemitteilung 21/2013

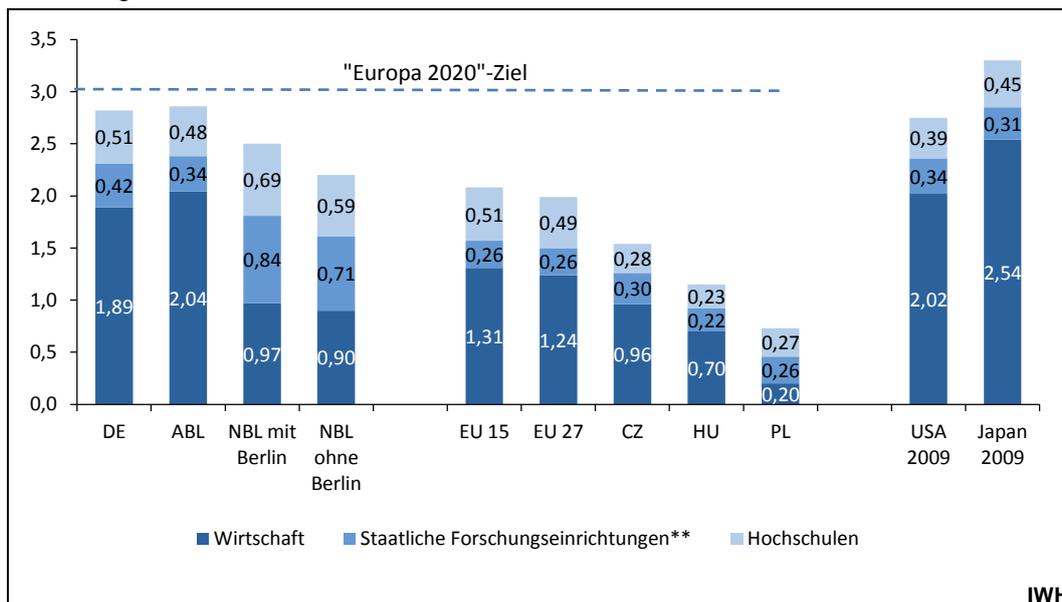
Halle (Saale), den 18. Juni 2013

FuE-Ausgaben: Ostdeutschland holt auf, aber Strukturprobleme bleiben

Die Europäische Union hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung (FuE) zu investieren. Zwar konnte die EU die FuE-Ausgaben von ca. 1,9% im Jahr 2007 auf ca. 2,1% im Jahr 2010 steigern, dennoch liegt sie hinter Ländern wie den USA und Japan deutlich zurück.^a In Deutschland wurden im Jahr 2010 Ausgaben für FuE in Höhe von rund 2,8% des BIP getätigt. Mehr als zwei Drittel entfielen, wie von der EU angestrebt, auf die Wirtschaft, der Rest auf die Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen. Bei einem Vergleich von Ost- und Westdeutschland werden jedoch deutliche Unterschiede sichtbar.

Abbildung:

FuE-Ausgaben in % des BIP im Jahr 2010*



* Aktuellere Daten liegen für die Länder in Deutschland nicht vor. – ** Der Wert schließt private Organisationen ohne Erwerbszweck ein.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Stifterverband Wissenschaftsstatistik; Berechnungen des IWH.

In den Neuen Ländern (NBL) ist sowohl eine geringere FuE-Intensität insgesamt festzustellen als auch eine andere strukturelle Zusammensetzung der FuE. Die FuE-Intensität der Wirtschaft beträgt nur rund die Hälfte des Vergleichswertes für Westdeutschland (ABL). Dafür fällt in den Neuen Ländern die öffentliche FuE-Intensität deutlich höher aus und „kompensiert“ die vergleichsweise schwache industrielle FuE. Die strukturellen Merkmale im Bereich der FuE sind in den Neuen Ländern transformationsbedingt. Daher bieten sich als Vergleich auch osteuropäische Staaten an. Gegenüber Tschechien (CZ), Ungarn (HU) und Polen (PL) verzeichnet Ost-

Sperrfrist:

18. Juni 2013

12:00 Uhr

Pressekontakt:

Tobias Henning

Telefon:

+49 345 7753 738

E-Mail:

presse@iwh-halle.de

Ansprechpartnerin:

Jutta Günther

Telefon:

+49 345 7753 708

E-Mail:

jgr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (**BMWi**), Bundesministerium für Bildung und Forschung (**BMBF**), Bundesministerium des Innern (**BMI**), Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Forschung und Entwicklung, Innovation, Patente, Internationalisierung, BRICS

Institut für

Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

deutschland eine höhere FuE-Intensität, obschon Tschechien im Bereich der privaten FuE in etwa gleichauf liegt. Eine wichtige Aufgabe in den Neuen Ländern bleibt der Ausbau der FuE-Tätigkeit der privaten Wirtschaft.

^a Zum Stand vor drei Jahren vgl. *Günther, J.; Wilde, K.; Sunder, M.*: Aktuelle Trends: Forschungsintensität Ostdeutschlands hält dem europäischen Vergleich stand, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 16 (2), 2010, 72.

Veröffentlichung:

GÜNTHER, J.; GUHR, K.; LÖSEL, S.: Aktuelle Trends: FuE-Ausgaben: Ostdeutschland holt auf, aber Strukturprobleme bleiben, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 19 (3), 2013, 44.

Wissenschaftlicher Ansprechpartnerin:

Dr. Jutta Günther
Tel.: +49 345 7753 708, E-Mail: Jutta.Guenther@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning
Tel.: +49 345 7753 738, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.